

Aus der Sitzung der Deputation für Umwelt & Energie vom 27. Mai 2010:



+++ Umweltbingo – 130.000 Euro für Umweltprojekte- und -bildung +++

Seit dem 1. Januar 2010 ist im Land Bremen eine neue Lotterie zugelassen, deren Erlöse schwerpunktmäßig für Umwelt und Entwicklungsprojekte verwendet werden sollen. Die Umweltdeputation hat der zweckgebundenen Verwendung der Mittel für die Jahre 2010/2011 in ihrer heutigen Sitzung zugestimmt. "Insgesamt wird mit zusätzlichen Einnahmen für Bremen aus dem Umweltbingo von rund 200.000 € gerechnet. Davon soll der Löwenanteil an gemeinnützige Projekte gehen, die einen klaren Bezug zu Umwelt- und Entwicklungsfragen besitzen. Für dieses und das kommende Jahr können wir so alleine für die Stadtgemeinde Bremen mit ca. 130.000 € rechnen. Davon gehen 50% in Umweltbildungsprojekte über die Koordinierungsstelle Umweltbildung und weitere 50% werden in einen zusätzlichen Zweig der Umweltprojektförderung investiert. Mir ist dabei wichtig, dass wir diese Gelder auch dafür einsetzen, das Umweltbewusstsein von Kindern und Jugendlichen zu schärfen", so der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Jens Dennhardt. Veranaltet wird die Umweltlotterie mit einer wöchentlichen Ziehung von der Bremer Toto und Lotto GmbH zusammen mit den Lottogesellschaften Niedersachsens, Hamburgs, Schleswig Holsteins, Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsen-Anhalts. Die Bewilligung der Mittel steht unter dem Vorbehalt einer möglichen Ausnahme von den am 11. Mai beschlossenen Bewirtschaftungsmaßnahmen nach § 41 Landeshaushaltsordnung. Zusätzlich stimmte die Deputation einer Umschichtung von Umweltprojektmitteln zu, die bewirkt, dass in 2010 für kleine Projekte bis maximal 5.000 Euro insgesamt maximal 25.000 Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Ausserdem hat die Deputation hat dem Entwurf zur Änderung des Bremischen Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zugestimmt.

→ Termin der nächsten Deputationsitzung:

Donnerstag, 12. August 2010, 13:00 Uhr
beim Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa im Ansgaritorsaal

Aus der Bremischen Bürgerschaft:



+++ Keine Kohlendioxid-Endlager in Bremen +++

(Landtag – 20. Mai 2010)

Bremen und Bremerhaven haben sich unter sozialdemokratischer Führung zu einem erfolgreichen Windenergiestandort entwickelt. Besonders deutlich wurde dies durch die Arbeitsmarktentwicklung in Bremerhaven in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise. Bremen hat sich im Aktionsprogramm „Klimaschutz 2010“ und im „Klimaschutz- und Energieprogramm 2020“ für eine nachhaltige Klimastrategie ausgesprochen. „Unsere Zukunft liegt deshalb im Ausbau der erneuerbaren Energien. Kohlendioxid-Endlager sind auf absehbare Zeit in keiner Weise als Nachweis zur CO₂-Reduzierung geeignet. Wir müssen CO₂ nicht sammeln, sondern deutlich verringern. Denn CO₂-Endlager schaffen keine Lösungen sondern neue Probleme“, so Jens Dennhardt, umwelt- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Der ohnehin schon geringe Wirkungsgrad von Kohlekraftwerken würde sich sonst zusätzlich um etwa 10 Prozentpunkte auf dann nur noch 35 Prozent verringern. Auch die Wirtschaftlichkeit sei aufgrund hoher Kosten und der Verringerung der Wirkungsgrade der Kraftwerke zweifelhaft. Die Bundesregierung hat hier mit Laufzeitverlängerungen und überzogenen Kürzungen bei der Solarförderung die falschen Signale gesetzt. Diese führten auch zu einer Weckung überhöhter Erwartungen bei privaten Investitionen im Energiebereich. „Die SPD setzt hier deshalb auch auf die Erforschung alternativer Methoden zur Verringerung bzw. zur zuverlässigen Bindung der CO₂-Ausstöße industrieller Prozesse. Einen Großversuch lehnen wir jedoch strikt ab. Wir beteiligen uns nicht an falscher Schwerpunktsetzung der Bundesregierung. Wir wollen bessere Lösungen für den Klimaschutz und für Bremen. Deshalb haben Erneuerbare Energien für uns Vorrang“, erklärte der SPD-Umweltexperte Dennhardt.

<http://www.spdfraktion-bremen.de/parlamentsticker>



+++ Bremen lehnt Monster-Trucks ab +++

(Landtag – 20. Mai 2010)

Der Einsatz sog. Monster-Trucks auf deutschen Straßen wird von der Bremer Landesregierung kritisch bewertet, so die Antwort des Senats auf Initiative von Jens Dennhardt, umwelt- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Bremen unterstützt vielmehr die Förderung alternativer Verkehrsträger sowie die Verlagerung der Transporte von der Straße auf die Schiene. Der Einsatz größerer Lkw hätte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur, den Kombinierten Verkehr und auf den Verkehrsträger Schiene. Daneben verhalten sich lange Fahrzeuge, so der Senat, bei typischen Unfallkonstellationen grundsätzlich wie herkömmliche 40 t Fahrzeuge. Es seien insgesamt höhere

Seite 2

Risiken für die Verkehrssicherheit zu erwarten. In diesem Zusammenhang bekräftigte der Senat den Beschluss der Verkehrsministerkonferenz aus Oktober 2007 gegen die Zulassung überlanger oder überschwerer Lkw. Diese Position, so der Senat, habe sich nicht geändert und werde gegenüber dem Bund weiterhin vertreten.

<http://www.spdfraktion-bremen.de/parlamentsticker>



+++ Gute Dienstleistung kommt künftig vom Umweltbetrieb Bremen +++

(Stadtbürgerschaft – 18. Mai 2010)

Mit dem Bremischen Ortsgesetz über den Umweltbetrieb Bremen wird künftig die rechtliche Basis für die Zusammenlegung der beiden Eigenbetriebe „Bremer Entsorgungsbetriebe“ und „Stadtgrün Bremen“ geschaffen. Dazu wird das Ortsgesetz über Stadtgrün Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, um die Aufgaben der Bremer Entsorgungsbetriebe ergänzt und das Bremische Entsorgungsbetriebsortsgesetz aufgehoben. „Die Zusammenlegung der Eigenbetriebe Stadtgrün und Bremer Entsorgungsbetriebe soll der Stärkung der finanziellen Konsolidierung der beiden Eigenbetriebe dienen und dabei vor allem eine Stütze insbesondere bei der Leistung der Grünpflege und bei der Entsorgung sein“, erklärte Jens Dennhardt, umwelt- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Für die Zusammenlegung wurden sehr unterschiedliche Aufgabenbereiche zusammengefügt. „Und sicherlich lohnt es sich darüber nachzudenken, weitere Aufgaben zu finden, die den jetzt zusammengeführten Aufgaben ähneln und ebenfalls hinzugefügt werden können“, so Dennhardt, der dafür warb, die gewohnt guten Dienstleistungen der beiden bisherigen Eigenbetriebe ebenso vom künftigen Umweltbetrieb Bremen entgegenzunehmen.

<http://www.spdfraktion-bremen.de/parlamentsticker>



+++ Erweiterung der Baggergutdeponie in Seehausen +++

(Stadtbürgerschaft – 18. Mai 2010)

Die für die Erweiterung der Baggergutentsorgung in Seehausen erforderliche 11,8 ha große Fläche war als zukünftige Entwicklungsfläche für das GVZ Bremen ursprünglich dem Sondervermögen Gewerbeflächen zugeordnet. Durch die Erweiterung der Baggergutdeponie um vier zusätzliche Entwässerungsfelder wird eine Übertragung der Fläche auf das Sondervermögen Hafen erforderlich, so die Antwort des Senats auf Initiative von Karin Bohle-Lawrenz, SPD-Bürgerschaftsabgeordnete. Auf Grundlage einer Besitzübertragungsvereinbarung zwischen dem Sondervermögen Hafen und dem Sondervermögen Gewerbeflächen wurde für den Ankauf der zusätzlichen Gewerbeflächen ein Betrag von rund 700.000 Euro vereinbart. Das aufbereitete Baggergut sei als Deich- und Deponiebaumaterial

geeignet, so der Senat. Es wird von Bremischen Deichverbänden bei den derzeit durchgeführten Deichanpassungen eingebaut. Die anstehende Erweiterung der Entwässerungskapazitäten der Baggergutdeponie sei erforderlich, weil die Entwässerungsfelder der Stärkung des nach dem Baggern stark wassergesättigten Baggergutes dienen. Ohne diese Behandlung, so der Senat, sei weder eine Verbringung des Materials auf die Deponie noch als Baustoff möglich.

<http://www.spdfraktion-bremen.de/parlamentsticker>



+++ Hochwasserschutz in Bremen +++

(Landtag – 20. Mai 2010)

Die Landesschutzdeichlinien an den Nebenflüssen, die sich hinter den Sperrwerken Ochtum, Lesum oder Geeste befinden, waren 2007 nicht Bestandteil der Überprüfungen im Rahmen des Generalplans Küstenschutz, so der Senat in seiner Antwort auf Initiative von Karin Bohle-Lawrenz, SPD-Bürgerschaftsabgeordnete. Ebenso nicht erfasst sind alle Flächen, die sich vor der Landesschutzdeichlinie befinden. An der Küste, die durch Sturmflutereignisse mit geringen Vorwarzeichen von wenigen Stunden gekennzeichnet ist, sei allein schon aus Sicherheits- und Organisationsgründen sowie aus Gründen des aufwändigen Personaleinsatzes ein großflächiger Einsatz von mobilen Hochwasserschutzsystemen nicht akzeptabel, so der Senats. Für die Deichverteidigung habe der Träger der Deicherhaltung zu sorgen. Im Katastrophenfall müssen weitere Hilfskräfte wie Polizei, Feuerwehr, THW, Sanitätskräfte oder Bundeswehr eingesetzt werden. Beim THW stehen dafür 1.400 Kräfte, bei den freiwilligen und Berufsfeuerwehren 870 Kräfte und bei der Bereitschaftspolizei 2 bis 3 Hundertschaften zur Verfügung.

<http://www.spdfraktion-bremen.de/parlamentsticker>

+++ Stadtbürgerschaft: Gewoba contra swb? +++

Die Anfrage für die Fragestunde finden Sie unter:

<http://www.spdfraktion-bremen.de/aktuelles/initiativen>

Aktuelles / Pressemitteilungen:



+++ Offshore-Hafen: Keine vorzeitige Festlegung auf Standort +++

Bremen, den 11. Mai 2010

Ziel der rot-grünen Koalition ist es, Bremerhaven zum führenden Standort für Offshore-Windenergie in Deutschland auszubauen, denn erneuerbare Energien und effiziente Energietechnik sichern und schaffen Arbeitsplätze. Die gestrige Unterzeichnung des Vertrages zwischen RWE und Eurogate, die bis zur Fertigstellung des neuen Offshore-Hafens das Containerterminal 1 als Verladehafen nutzen werden, macht noch einmal deutlich, welches Potenzial in dieser Industrie steckt. „Die Entscheidung über den Bau des neuen Basishafens ist eine strukturpolitische Weichenstellung für die nächsten Jahrzehnte, die in einem noch nicht abschätzbaren Umfang Arbeit schafft und das Standortprofil Bremerhavens weiter schärfen wird. Wir wollen die Entwicklung der Offshore-Industrie in Bremerhaven zu einer Erfolgsgeschichte machen. Aus diesem Grund haben wir auch auf die Bedenken unseres Koalitionspartners Rücksicht genommen und vereinbart, eine Prüfung aller möglichen Standorte durchzuführen, die die ökonomischen Belange ebenso berücksichtigt, wie die ökologischen. Dies hat auch der Senat am 26. Januar beschlossen. So sollte der Standort Erdmannsiel naturschutzfachlich begutachtet werden und die Variante Blexer Bogen Nord noch einmal bezüglich der Lage überprüft werden“, so der hafenpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Frank Schildt. Zwar sei es grundsätzlich zu begrüßen, dass die Grünen nun noch einmal bekräftigt haben, dass sie die Offshore-Energie wollen und zu dem vereinbarten Bau des neuen Basis-Hafens in Bremerhaven stehen. Die Festlegung auf den Standort Blexer-Bogen noch vor Abschluss der Variantenprüfung sei aber nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Senatsbeschlusses unverständlich. „Das deckt sich weder mit den mir bekannten Absprachen in der Koalition, noch kann ich sachliche Gründe für eine derartige Entscheidung erkennen. Ich sage für die SPD ganz deutlich: Wir halten uns an die Koalitionsabsprachen. Wir sind nach wie vor nicht festgelegt auf einen Standort. Wir wollen den besten Standort. Und das heißt: Das Terminal muss wirtschaftlich leistungsstark sein, die Umweltauswirkungen müssen beherrschbar sein und die nautischen Voraussetzungen müssen selbstverständlich erfüllt werden. An diesen Kriterien muss sich eine Entscheidung messen lassen.“

<http://www.spdfraktion-bremen.de/aktuelles/pressemitteilungen>



+++ Autobahn 1: Neue Lärmschutzwände für Hemelingen und Arbergen? +++

Bremen, den 19.05.2010

Mögliche Entlastung für die Menschen im Bremer Osten: Einem Gutachten zu Folge, das in der nächsten Sitzung der Deputation für Umwelt und Energie diskutiert werden soll, besteht die Möglichkeit, den Lärmschutz an der Bundesautobahn 1 zu

verbessern. Am Dienstag beschäftigte sich auch die Stadtbürgerschaft mit dem Thema. Hintergrund: Das aktuelle „Nationale Verkehrslärmschutzpaket II“ sieht vor, dass der so genannte „Auslösewert“ für die Lärmsanierung an Bundesfernstraßen von bisher 60 dB(A) nachts und 70 dB (A) tagsüber um jeweils drei dB(A) gesenkt wird. Für Bremen erwarten die Gutachter, dass dies hauptsächlich eine Ergänzung von Lärmschutzwänden an der viel befahrenen A1 bedeuten würde. „Auch wenn Bremen eine Absenkung der ‚Auslösewerte‘ um je 5 dB (A) gefordert hat, ist dies ein Schritt in die richtige Richtung“, so der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Jens Denhardt. Autobahnlärm sei in Hemelingen und Arbergen nach wie vor ein drängendes Problem. Denhardt: „Jetzt muss der Bausenator aktiv werden und dafür sorgen, dass der Bund in Sachen Lärmschutz in Bremen tatsächlich aktiv wird. Und der Bund muss dann auch das notwendige Geld zur Verfügung stellen. Die bisher insgesamt vom Bund angekündigten Mittel reichen bei weitem noch nicht aus.“

<http://www.spdfraktion-bremen.de/aktuelles/pressemitteilungen>



+++ Aus der Stadt in die freie Landschaft: Grünverbindung über das „Kieserling-Gelände“ kommt +++

Bremen, den 26.05.2010

Seit vielen Jahren ist sie ein Thema, jetzt kommt Bewegung in die Sache: Die Deputation für Umwelt und Energie wird am Donnerstag aller Voraussicht nach 215.000 Euro Investitionsmittel für eine Grünverbindung zwischen der Weser und dem Bereich Reedeich beschließen. „Wir haben lange für diese Verbindung gekämpft. Durch den Umzug der Spedition Kieserling ist der Weg frei für dieses Projekt, und ich freue mich, dass jetzt die Mittel für einen Teil der notwendigen Arbeiten bereitgestellt werden können“, sagte die Woltmershauser SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Karin Bohle-Lawrenz. In Zukunft werde es möglich sein, aus den Wohngebieten an den Neustadtwallanlagen und in Woltmershausen sicher hinaus in die freie Landschaft zu gelangen, so die Politikerin. Bohle-Lawrenz: „Dies bedeutet einen spürbaren Gewinn an Lebensqualität für viele Menschen in unserem Stadtteil. Und auch das Wohngebiet am Warturmer Platz wird ein Stück mehr aus seiner isolierten Lage herausgeholt.“ Das Projekt baulich zu verwirklichen, wird indessen nicht ganz einfach. Die Grünverbindung soll auf Woltmershauser Gebiet parallel zur Bahnlinie Bremen-Oldenburg geschaffen werden. Auf der östlichen Seite des ehemaligen Kieserling-Geländes wird dafür ein zehn Meter breiter Streifen frei gehalten. In nördlicher Richtung soll der neue Weg über das Gelände der swb hinweg mit der Straße am Gaswerk verbunden werden. Damit der frühere Bahndamm kein Hindernis für mobilitätseingeschränkte Menschen wird, sind nach Planerangaben aufwändige Rampen- beziehungsweise Einschnittlösungen erforderlich. Der erste Bauabschnitt sieht den Bereich auf dem „Kieserling-Grundstück“ mit Anbindung an die jetzige provisorische Wegeverbindung vor; der zweite Abschnitt soll das Teilstück auf dem swb-Gelände umfassen. Das Unternehmen habe bereits Entgegenkommen für ein „Überwegungsrecht“ signalisiert, heißt es.

<http://www.spdfraktion-bremen.de/aktuelles/pressemitteilungen>

Umwelt & Energie



+++ Sanierung des Hohentorsparks beginnt im Herbst +++

Bremen, den 27.05.2010

Als letzter Baustein in der Sanierung der Neustadtwallanlagen soll der Hohentorspark wieder in einen einladenden Zustand versetzt werden. Nach Angaben des umweltpolitischen Sprechers der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Jens Dennhardt, hat die Deputation für Umwelt und Energie am heutigen Donnerstag einen entsprechenden Beschluss gefasst. Der im Stil der 1950er Jahre gestaltete, drei Hektar große Park zwischen Friesenwerder, Neustadtwall, Hohentorstraße und Am Hohentorsplatz liefert zur Zeit ein eher tristes Bild. Aus Planersicht sind der Zustand und die Führung der Wege überarbeitungsbedürftig; die Eingangsbereiche seien zudem wenig attraktiv. Auch die historischen Sandsteinmauern und Blumenrabatten sind in keinem guten Zustand. "Dass daran etwas geändert wird, ist auch darum wichtig, weil der Hohentorspark die einzige öffentliche Grünfläche für die Menschen in diesem Quartier ist", sagt die örtliche SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Renate Möbius. Nach der Sanierung soll der Park vielseitig nutzbar sein und auch deutlich mehr Aufenthaltsqualität bieten als bisher. Die Umgestaltung des Parks soll insgesamt 600.000 Euro kosten, die über zwei Jahre verteilt werden und aus mehreren "Töpfen" kommen. Auch der Bund beteiligt sich. 195.000 Euro stammen aus "Investitionsmitteln im öffentlichen Grün", die die Umweltdeputation jetzt beschlossen hat. Im Herbst dieses Jahres soll mit den Arbeiten begonnen werden. 30.000 Euro fließen außerdem in Nachbesserungsarbeiten im Leibnitzplatzpark und in der Grünanlage an der Piepe. Geplant ist, die Pflasterfläche am Centaurenbrunnen und den Trampelpfad zwischen Leibnitzplatz und Hermannstraße zu befestigen. Auch die Böschung am Sitzplatz an der Piepe soll gesichert werden. Die Arbeiten werden von der Stiftung Wohnliche Stadt gefördert.

<http://www.spdfraktion-bremen.de/aktuelles/pressemitteilungen>

Besucher willkommen!

Die Bremische Bürgerschaft kommt jeden Monat an drei aufeinander folgenden Tagen zusammen. Dienstag tagt die Stadtbürgerschaft, Mittwoch und Donnerstag sind Landtagssitzungen. Sie können uns gerne unter der Telefonnummer 0421 – 336 77 15 anrufen, um sich für eine Sitzung als Besucher anzumelden.

Termine Stadtbürgerschaft:

Di. 15.06.2010 14:00 - 19:00 Uhr

Termine Bürgerschaft Landtag:

Mi. 16.06.2010 10:00 - 18:00 Uhr

Do. 17.06.2010 10:00 - 18:00 Uhr

Reden im Wortlaut:



Debatte zur Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Atomtransporte durch das Land Bremen“

Jens Dennhardt:

„[...]“

Der Transport von Atommüll ist nur ein Spiel auf Zeit. Allein in Europa warten 8 000 Kubikmeter hoch radioaktiver Abfälle in Zwischenlagern auf die Endlagerung. Jährlich werden es 300 Kubikmeter mehr. Auf Dauer werden wir nur Zwischenlager haben, bei denen die Kontrolle und die Rückholbarkeit entscheidend für die Sicherheit unserer Bevölkerung sein werden.

[...]“

Aus der Landtagssitzung vom 18.11.2009

<http://www.spdfraktion-bremen.de/koepfe/person/6/reden>

Rot.Heute Express abbestellen:

Um diesen Newsletter abzubestellen, wenden Sie sich bitte per Mail an die folgende Adresse:

SPD-Fraktion@spd-bremen.de

Seite 8